

Vom liberalen zum organisierten Kapitalismus

Derzeit findet eine Gegenbewegung zum liberalen Kapitalismus statt, die von der Weltfinanzkrise 2008 ausgelöst wurde. Die neue Richtung der kapitalistischen Entwicklung wird als organisierter Kapitalismus bezeichnet, mit einer Präferenz für einen stärkeren Fokus der Entscheidungsfindung auf der nationalen Ebene. Diese Entwicklung ist reflektiert im Brexit, in der Wahl von Donald Trump in den Vereinigten Staaten, dem Aufstieg rechtspopulistischer Parteien im kontinentalen Europa und in Japan, im Siegeszug des Staatskapitalismus in den großen Schwellenländern und in der Erosion globaler liberaler Institutionen. Organisierter Kapitalismus muss allerdings nicht reaktionär sein, da er bessere Optionen für den gesellschaftlichen Einfluss auf die Ökonomie eröffnet und damit ein Ansatzpunkt für soziale Reformen sein kann.

1. Einleitung*

Leben wir derzeit in einer großen Zeitenwende, ähnlich der 1930er Jahre, mit dem Siegeszug des Faschismus, und der 1980er Jahre, mit dem Aufstieg des Neoliberalismus? Wir können über eine Antwort auf diese Frage derzeit nur spekulieren. Um diese Spekulation auf eine systematische Grundlage zu stellen, schlage ich vor, eine Vielzahl von aktuellen Entwicklungen als Indikatoren für eine Wende vom liberalen zum organisierten Kapitalismus zu sehen. Diese Perspektive ermöglicht es zudem, diese Entwicklungen etwas nuancierter zu bewerten. So führte die frühere Wende zum organisierten Kapitalismus in den 1930er Jahren nicht nur zum Faschismus, sondern auch zum *New Deal* – und damit zu der bis heute am stärksten sozial eingehetzten Epoche des Kapitalismus.

Zwei Ereignisse haben in den letzten beiden Jahren die liberale westliche Gemeinschaft erschüttert: die Brexit-Entscheidung der britischen Bevölkerung und die Wahl von Donald Trump. In beiden Fällen können wir eine Niederlage liberal-kosmopolitischer Ideen gegen sozioökonomische Gruppen, die mit der aktuellen Situation unglücklich sind, feststellen (Abschnitt 2 des Manuskripts). Der dritte Abschnitt erweitert die Perspektive, um ähnliche Tendenzen in anderen westlichen Ländern zu identifizieren, insbesondere im Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in Kontinentaleuropa. Der vierte Abschnitt diskutiert Parallelen außerhalb des Westens, insbesondere den Aufstieg nicht-liberaler Versionen des Kapitalismus in großen Schwellenländern. Der fünfte Abschnitt fasst diese Entwicklungen zusammen

* Für sehr hilfreiche Hinweise zu einer früheren Version des Manuskripts danke ich zwei anonymen Gutachtern bzw. Gutachterinnen sowie Kai Koddenbrock. Brigitte Holden und Vanessa Endrejat bin ich für ihre Forschungsassistenz verbunden.

und argumentiert, dass die globale Finanzkrise, zusammen mit der Zurückweisung westlicher Vorschläge in den globalen Wirtschaftsinstitutionen, eine fundamentale Krise des liberalen Kapitalismus abbildet. Der sechste Abschnitt entwickelt auf dieser Grundlage das Argument, dass wir in historischer Perspektive diese Entwicklungen als Ursprung einer neuen Phase des organisierten Kapitalismus interpretieren können, ähnlich zu jener, die in den 1930er Jahren begonnen hat. Der abschließende Abschnitt fasst zusammen, dass aus dieser Perspektive die Brexit-Entscheidung und die Trump-Wahl ihren idiosynkratischen Charakter verlieren und nur zwei unter vielen Entwicklungen darstellen, die zusammen den Umschwung zu einer neuen Phase des Kapitalismus abbilden können.¹

Der Artikel trägt zu einer sich entwickelnden Diskussion im Bereich der Internationalen Politischen Ökonomie bei, bei der die Details der Brexit-Entscheidung beziehungsweise der Trump-Wahl zugunsten einer Hervorhebung von Gemeinsamkeiten zwischen Brexit und anderen parallelen Entwicklungen zurückgestellt werden. Im Gegensatz zu früheren Beiträgen etwa zur Brexit-Literatur (z. B. Guldi 2017; Patomäki 2017; Pettifor 2017; Worth 2017) bewegt sich die nachfolgende Diskussion systematisch von spezifischen Details der beiden epochalen Entscheidungen über Entwicklungen in anderen Industrieländern bis hin zu Entwicklungen auf globaler Ebene. Diese Entwicklungen werden dann in eine größere historische Perspektive gesetzt, um theoretische Instrumente für ihre Interpretation zu identifizieren. Da eine solche breite, bewusst synthetisierende und auf einer sehr hohen Aggregationsebene ansetzende Perspektive eine ganze Reihe von unterschiedlichen ökonomischen und politischen Entwicklungen umfasst, beschränkt sich der Beitrag auf eine Re-Interpretation existierender Daten.

2. Die Brexit Entscheidung und die Wahl von US-Präsident Trump

Um die Brexit-Entscheidung in einen etwas breiteren Kontext zu setzen, müssen wir uns eine Reihe von Motiven für das sogenannte *leave*-Votum anschauen. Diese Motive und die Eigenschaften ihrer Unterstützer*innen sind inzwischen ausführlich analysiert worden (vgl. Goodwin/Heath 2016). Ein wesentliches Thema war der Widerstand gegen Migration, der die Flüchtlingskrise innerhalb der Europäischen Union (EU) betrifft, wie beispielsweise am Camp in Calais auf der französischen Seite des Ärmelkanals zu sehen. Wichtiger war allerdings die Intra-EU-Arbeitsmigration, insbesondere aus Osteuropa, da hier Migrant*innen als Wettbewerber*innen für knappe Jobs, günstigen Wohnraum und Sozialtransfers wahrgenommen werden. Letztere spielen auch bei einem anderen Motiv der Brexitbefürworter*innen, dem Widerstand gegen den Beitrag des Vereinigten Königreichs zum Budget der Europäischen Union, eine größere Rolle.

Zusätzlich zu den individuellen materiellen Motivationen hat die Brexit-Debatte auch eine Reihe symbolischer Gründe für den EU-Austritt hervorgehoben. Zu die-

1 Der Beitrag entwickelt Ideen weiter, die zunächst in Nölke (2017) skizziert wurden.

sen Gründen gehört eine Präferenz für nationale Souveränität, im Gegensatz zur kosmopolitischen Orientierung, die stark mit dem in der *City of London* konzentrierten Bankensektor (und der Europäischen Union) assoziiert wird. Wenn wir die soziale Basis für diese Motive analysieren, demonstriert das Brexit-Votum zunehmende Sorgen über den langfristigen Prozess der Deindustrialisierung in Teilen des Vereinigten Königreichs. Dieser Prozess hat größere Teile der unteren Mittelklasse und der Arbeiter*innenklasse negativ berührt, während die obere Mittelklasse und die obere Klasse von dem damit einhergehenden Prozess der Finanzialisierung eher profitiert haben. Dementsprechend waren die ärmsten Haushalte viel stärker geneigt, die Brexit-Entscheidung zu unterstützen als die reichen Haushalte.² Besonders stark ausgerichtet auf die Entscheidung für einen EU-Austritt waren jene Menschen, die wahrnehmen, dass sich ihre individuelle finanzielle Situation in Zukunft verschlechtern wird. Die Brexit-Entscheidung war zudem besonders prominent im ländlichen England und in Nordengland, während die kosmopolitische Agglomeration im Großraum London eher für einen Verbleib in der Europäischen Union gestimmt hat. Ältere Wähler*innen mit einer geringeren formalen Bildung zeigten eine Tendenz, die Europäische Union zu verlassen, während jüngere Wähler*innen mit universitärer Bildung eher für einen Verbleib stimmten.

Insgesamt zeigt die Brexit-Entscheidung, dass die traditionelle ökonomische Unterscheidung zwischen links und rechts an Bedeutung verliert gegenüber einer zunehmend wichtigeren politischen kosmopolitisch-kommunitaristischen Unterscheidung (Zürn/de Wilde 2016; Merkel 2017; Nölke 2018: 76-78). Diese Dimension stellt die (in der eigenen Wahrnehmung) Verlierer*innen in der Globalisierung gegen ihre Gewinner*innen, wobei eine kosmopolitische Orientierung sich stark zugunsten von Globalisierung ausspricht, während aus einer kommunitaristischen Perspektive eine sehr skeptische Sicht eingenommen wird. Dabei geht es im Gegensatz zur links/rechts-Unterscheidung weniger um das Ausmaß sozialer Umverteilung zum Zweck der Korrektur von Marktergebnissen, sondern vielmehr um die Frage, ob der Nationalstaat oder eine übergeordnete Ebene, beispielsweise die Europäische Union oder die globalen Finanzmärkte, der richtige Fokus für die Entscheidungsfindung ist.

Zumindest teilweise können die Präferenzen in Bezug auf diese *cleavage* auf die sozioökonomische Position der sie tragenden gesellschaftlichen Gruppe zurückgeführt werden. Aus einer kommunitaristischen Perspektive wird beispielsweise grenzüberschreitende Migration als eine größere Herausforderung wahrgenommen. Diese Perspektive wird oft von Wähler*innen mit einer formal niedrigen Bildung oder älteren Wähler*innen wahrgenommen, weil diese Wähler*innen im Gegensatz zu jungen Wähler*innen mit Universitätsausbildung ihre Qualifikation nicht grenzüberschreitend vermarkten können. Im Gegensatz dazu leiden sie unter

2 Natürlich gibt es auch bei den wohlhabenderen Brit*innen zahlreiche EU-Skeptiker*innen, die letztere aus liberaler Sicht als eine »regulierungswütige, übermäßig bürokratische, technokratische und zentralistisch gleichmacherische Institution« (so eine*r der anonymen Gutachter*innen des Artikels) sehen – aber dieser traditionelle britische Euroskeptizismus hätte alleine niemals eine Mehrheit im Referendum gehabt.

zunehmendem Wettbewerb durch solche Immigrant*innen, die oftmals eine ähnlich begrenzte formale Bildung aufweisen. Auch die Interessen des transnational orientierten Finanzsektors der *City* werden von Wähler*innen mit einer kommunitaristischen Perspektive mit großer Skepsis gesehen. Diese Wähler*innen favorisieren eine Politik, die zu einer Reindustrialisierung der britischen Ökonomie führt, und zu der Annahme, dass diese Reindustrialisierung besser mit ihrem Fähigkeitsprofil harmonisieren würde.

Wenn wir diese Motive und diese Wähler*innenmerkmale mit jenen vergleichen, die verantwortlich für die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten waren, finden wir deutliche Parallelen – sowohl in Bezug auf Wahlmotive als auch in Bezug auf Wähler*innencharakteristika.³ Auch hier wurden die etablierten Entscheidungslinien in Bezug auf Hautfarbe und Geschlecht durch eine neue Entscheidungslinie ergänzt, und zwar jener zwischen den Wähler*innen mit und ohne College-Abschluss. Die Stimmen weißer Wähler*innen ohne College-Abschluss haben Präsident Trump den entscheidenden Vorsprung gebracht (Tyson/Maniam 2016), wenn Trump auch von vielen hochqualifizierten und gutverdienenden Amerikaner*innen gewählt wurde.

Auch die Wahl von Präsident Trump kann als Votum gegen kosmopolitische Positionen verstanden werden, die frühere US-Administrationen dominiert hatten. Migration, in diesem Fall aus Mexiko, war ein größeres Thema in Trumps Wahlkampf. Ökonomische Globalisierung wurde von vielen Wähler*innen kritisch gesehen, in diesem Falle nicht nur die finanzielle Globalisierung, die von der Wall Street angetrieben wird, sondern auch der globale Handel, mit einem besonderen Fokus auf China und der *North Atlantic Free Trade Agreement* (NAFTA)-Zone. Die Liberalisierung des Handels wurde für eine zunehmende Deindustrialisierung der US-Ökonomie verantwortlich gemacht, die die sozioökonomische Situation großer Teile der US-Arbeiter*innenklasse negativ beeinträchtigt hat, insbesondere im sogenannten *heartland*. Zudem sehen sich größere Teile der Mittelklasse vom ökonomischen Abstieg bedroht und haben aus diesem Grund für Präsident Trump gestimmt, insbesondere in Regionen, die noch stark von der verarbeitenden Industrie geprägt sind (Igielnik/Kochhar 2016).

Wenn wir das Brexit-Votum und die Wahl von Donald Trump vergleichen, fallen dabei eine Reihe gemeinsamer Merkmale auf. Diese Merkmale schließen eine Wendung gegen kosmopolitische Positionen ein, insbesondere verbunden mit einer Präferenz für eine restriktivere Regulierung zunehmender Immigration. Sie schließen weiterhin eine Wendung gegen die liberalen supranationalen Wirtschaftsinstitutionen, wie die Europäische Union im Fall des Brexits und die NAFTA im Falle der Trump-Wahl, ein. Weiterhin können wir zunehmende Sorgen über den anhaltenden Prozess der Deindustrialisierung in beiden Ökonomien feststellen, der die sozioökonomische Position der Arbeiter*innenklasse negativ beeinträchtigt, ähnlich wie

3 Der Fokus liegt dabei auf den Wahlmotiven und auf Wähler*innenmerkmalen – nicht auf der (häufig erratischen) Politik des Präsidenten. Vgl. zu letzterer Solty (2018 in diesem Forum).

jene der unteren Mittelklassen und jener der formal weniger qualifizierten Wähler*innen. Die Forderung nach einer stärkeren Rolle des Nationalstaats, insbesondere in Bezug auf den Schutz der nationalen Ökonomie gegen die liberalisierenden Kräfte der Globalisierung (Migration, Handel, Finanzkrisen), wurde sowohl von den *leave*-Wähler*innen in Großbritannien als auch von den Trump-Wähler*innen in den USA unterstützt.

3. Der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in Europa und Japan

Die bisher diskutierten Entwicklungen sind nicht auf diese beiden Länder der *anglosphere* beschränkt. Wir beobachten ähnliche Entwicklungen in Kontinentaleuropa und in Japan; bisher insbesondere in den zentraleuropäischen Ländern Ungarn und Polen. In beiden Ländern sind Regierungen auf der Basis von Wahlplattformen gewählt worden, die sich strikt gegen kosmopolitische Positionen wenden, beispielsweise in Bezug auf die Flüchtlingskrise, aber auch die EU. Zudem lässt sich auch hier eine zunehmende Skepsis in Bezug auf ökonomische Globalisierung feststellen, in diesem Fall entgegen einer sehr prominenten Rolle ausländischer Direktinvestitionen in diesen »abhängigen Marktökonomien« (Nölke/Vliegenthart 2009). Wie in den USA und in Großbritannien haben sich große sozioökonomische Gruppen, insbesondere jene, die im ländlichen Bereich leben und dort nicht von ausländischen Direktinvestitionen profitieren, gegen das liberal-ökonomische Modell gewendet, das freien, grenzüberschreitenden Austausch favorisiert. Der Fokus liegt hier nicht so sehr auf der Arbeitsmigration, sondern auf der Opposition zu ausländischen Banken und anderen multinationalen Unternehmen, die diese Ökonomien dominieren. Die in diesen Ländern derzeit regierenden Parteien sind auf der Basis von Slogans, die eine Wiederbelebung der nationalen Industrie versprechen, gewählt worden. Besonders deutlich ist das im Fall des neuen polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki, der seine Initiative für ein massives Investitionsprogramm explizit damit begründet, den Status einer abhängigen Marktökonomie überwinden zu wollen (Nölke 2016a).

Ähnliche Entwicklungen können wir auch in anderen kontinentaleuropäischen Ökonomien entdecken, auch wenn sie dort etwas weniger deutlich sind als in Großbritannien, den USA, Ungarn und Polen.⁴ Seit einigen Jahren florieren auch hier rechtspopulistische Parteien, auf der Basis einer Agenda, die sich gegen die Europäische Union, gegen Flüchtlinge und grenzüberschreitende Arbeitsmigration wendet. Gleichzeitig versprechen diese Parteien, Stellen für die einheimische Bevölkerung zu schaffen, basierend auf sozialem Schutz und einem starken Staat. In vielen

4 Ein Grund für die »Avantgarde«-Rolle sowohl von Großbritannien als auch den USA auf der einen Seite und den zentraleuropäischen Ökonomien auf der anderen Seite scheint aus der besonders wichtigen Rolle grenzüberschreitenden mobilen Kapitals in diesen Ökonomien zu liegen, wobei die USA und Großbritannien ihre Ökonomien sehr stark an das Management dieser Kapitalflüsse gebunden haben und die mitteleuropäischen Länder sehr stark als wichtige Ziele dieser Kapitalströme dienen.

Regionen haben diese Kräfte sozialdemokratische Parteien als die wichtigsten Repräsentant*innen der Arbeiter*innenklasse ersetzt. Rechtspopulistische Parteien haben inzwischen durch ganz Skandinavien und Westeuropa ihre parlamentarische Repräsentation errungen, jüngst auch in Deutschland. Sie sind in Finnland und Norwegen an der Regierung beteiligt und haben in den letzten Jahren auch in Dänemark und Schweden stark an Bedeutung gewonnen. Auch in Kontinentaleuropa sind sie häufig nah an die Regierungsbeteiligung gekommen, beispielsweise in Österreich (Freiheitliche Partei Österreichs, FPÖ), Frankreich (*Front National*) und den Niederlanden (*Partij voor de Vrijheid*, PVV).

Zusammenfassend können wir ähnliche Entwicklungen in fast allen Industrieländern erkennen. Die Brexit-Entscheidung und die Trump-Wahl sind keine isolierten Phänomene, sondern Teil eines größeren Trends. Zentrale Elemente dieses Trends sind eine Abwendung von kosmopolitischen Positionen, eine Aversion gegen grenzüberschreitende Arbeitsmigration, eine skeptischere Position gegenüber der wirtschaftlichen Globalisierung (mit unterschiedlichem Fokus auf Finanzmärkte, Handel und Direktinvestitionen), ein zumindest rhetorischer Fokus auf die Verbesserung der sozioökonomischen Situation von Arbeiter*innen und den unteren Mittelklassen sowie eine stärkere Rolle des Staates. In Großbritannien haben viele dieser Themen nicht nur eine wichtige Rolle für die Brexit-Entscheidung gespielt, sondern sind überraschenderweise auch wichtige Elemente des Programms für Theresa Mays konservative Regierung geworden. Dies beinhaltet eine skeptische Haltung gegenüber kosmopolitischen Eliten und steuervermeidenden multinationalen Unternehmen, dem Versprechen von Interventionen zugunsten der Arbeiter*innenklasse, der damit verbundenen Ankündigung, die einheimische Industrie neu zu beleben und eine relativ klare Positionierung gegen Immigration (Stewart/Walker 2016). Noch ausgeprägter ist die Orientierung zu stärkeren staatlichen Wirtschaftseingriffen bis hin zu breit angelegten Verstaatlichungen allerdings bei der von Jeremy Corbyn geführten *Labour Party*. Und auch wenn US-Präsident Trump ausweislich seines Steuersenkungsprogramms im Kern eine neoliberale Politik verfolgt, zeigen doch sein Ausstieg aus den bi-regionalen Handelsabkommen *Transatlantic Trade and Investment Partnership* (TTIP) und *Trans-Pacific Partnership* (TPP), sein Engagement für die US-amerikanische Industrie und seine restriktive Migrationspolitik deutliche Elemente dieses Programms.

Auf den ersten Blick scheint Japan die große Ausnahme gegenüber dieser Regel zu sein, aber bei näherem Hinsehen finden wir auch dort ähnliche Muster. Aus offensichtlichen Gründen können einige der prominenten Themen der neopopulistischen Welle in Japan keine große Rolle spielen. Dort gibt es aufgrund einer andauernden sehr restriktiven Regierungspolitik weder größere Ströme von Flüchtlingen noch Arbeitsmigration. Zudem wird die japanische Ökonomie nach wie vor von japanischen Unternehmen dominiert, die sozioökonomische Ungleichheit beispielsweise in Bezug auf Gehälter in Unternehmen ist vergleichsweise gering und die Arbeitslosigkeit ist die geringste in der gesamten *Organisation of Economic Cooperation and Development* (OECD). Japan hat sich kontinuierlich gegen eine Reihe von liberalisierenden Aspekten in den fortgeschrittenen Ökonomien gewendet, bei-

spielsweise durch eine vergleichsweise hohe Anzahl von Kartellen und einer ausgeprägten informellen Koordination in vielen ökonomischen Sektoren (Witt 2014: 111-112). Allerdings zeigt sich bei näherem Hinsehen, dass die Wirtschaftspolitik der sogenannten *Abenomics* wichtige Parallelen mit den neopopulistischen Rezepten in den westlichen Ökonomien teilt. Angeführt von einem ausgeprägt nationalistischen Premierminister, dessen Wahlkampagne auf dem Slogan »*Take back Japan*« basierte, zeigt Japan eine geringe Unterstützung für die globale Koordination der Wirtschaftspolitik. Der Fokus der *Abenomics* liegt demgegenüber auf der Maximierung des Wachstums für die japanische Wirtschaft, auf der Basis auch von staatlichen Interventionen, beispielsweise durch die Unterbewertung der japanischen Währung, die auch zum Nachteil wirtschaftlicher Wettbewerber ausfallen kann. Gleichzeitig begrenzt diese Politik Prozesse der Deindustrialisierung und hält die Arbeitslosigkeit auf einem sehr niedrigen Stand. Ähnlich zu europäischen rechtspopulistischen Parteien wird diese Politik mit einer stark nationalistischen Ideologie kombiniert, wie beispielsweise durch regelmäßige Besuche beim kontroversen *Yasukuni*-Schrein und einer zunehmenden Bedeutung der revisionistischen »Japankonferenz« (*Nippon Kaigi*) innerhalb der Regierung deutlich wird (Mizohata 2016). Unter diesen Umständen war es rechtspopulistischen Parteien in Japan wie beispielsweise der sogenannten *Japan Restoration Party* bisher nicht möglich, eine vergleichbare Herausforderung ins Feld zu führen wie in anderen industrialisierten Ländern (Tasker 2016) – aber das ist angesichts der Ausrichtung der Regierung auch nicht notwendig.

4. Staatlich angetriebener Kapitalismus in den großen Schwellenländern

Aufgrund der bisherigen Diskussion stellt sich die Frage, ob der wirtschaftliche Populismus ein globales Phänomen darstellt oder auf die Industrieländer des Westens beschränkt ist. Gegensätzlich zur Situation vor einigen Jahrzehnten wäre es heute sehr problematisch, Behauptungen über den Status der globalen politischen Ökonomie aufzustellen, ohne die Situation in den großen Schwellenländern mit einzubeziehen. Heute gehören China, Indien und Brasilien zu den zehn größten globalen Ökonomien auf Grundlage der nominalen Wirtschaftsleistung, und wenn die Wirtschaftsleistung nach Kaufkraftparitäten berechnet würde, gehören Russland und Indonesien ebenfalls auf diese Liste (zu Lasten von Italien und Kanada). Aber selbst, wenn wir Russland und Indonesien bei Seite lassen, müssen Argumente über die Entwicklung der globalen politischen Ökonomie zumindest China, Indien und Brasilien einbeziehen.

Wenn wir nun die politische Ökonomie dieser Länder etwas genauer anschauen, fallen eine Reihe von Parallelen zur Richtung des Wandels in den westlichen Ökonomien auf. Man könnte sogar sagen, dass das im Westen entstehende ökonomische und politische Modell mit seiner nationalstaatlich-populistischen Orientierung einem Kernmerkmal des Kapitalismusmodells folgt, das sich in den großen Schwellenländern in den letzten drei Jahrzehnten etabliert hat. Studien der kapita-

listischen Entwicklung in Ländern wie China, Indien und Brasilien (im letzten Fall nur während der Regierung durch die Arbeiterpartei zwischen 2003 und 2016) heben die zentrale Rolle des Staates und der gezielten Förderung der Wirtschaft als eine attraktive Alternative zum liberalen Kapitalismus hervor (Bremmer 2010; Nölke et al. 2013; Nölke et al. 2015).

In deutlichem Unterschied zu liberaleren Schwellenländern wie z. B. den abhängigen Marktökonomien in Mittelosteuropa sowie Mexiko (und Brasilien unter den Regierungen vor Lula sowie unter der aktuellen Temer-Regierung) gibt es in den großen staatszentrierten Schwellenländern eine starke Zurückhaltung in Bezug auf das Nachgeben gegenüber den Forderungen ausländischer multinationaler Unternehmen zur Öffnung der nationalen Märkte. Selbst in China, einem der wichtigsten Ziele ausländischer Direktinvestitionen auf globaler Ebene, hat der Staat nur ausgewählte Sektoren gezielt geöffnet und andere weiterhin geschützt bzw. ausländische multinationale Unternehmen in Joint Ventures gezwungen. China und Indien zeigen das höchste Ausmaß staatlicher Kontrolle unter den großen Ökonomien (Nölke et al. 2015; Simon 2018 in diesem Forum). Dort wo multinationale Unternehmen früher bereits einen massiven Marktzugang erreicht hatten, wie zum Beispiel in Brasilien, konzentrieren sich Regierungen darauf, die nationalen Unternehmen im Wettbewerb mit diesen ausländischen Multis zu unterstützen, beispielsweise durch subventionierte Kredite durch die brasilianische Entwicklungsbank (*Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social*, BNDES). Ausländische Direktinvestitionen und ausgewählte Privatisierungen sind in diesem neomerkantilistischen Modell zwar als Modernisierungsfaktoren willkommen, aber nur solange sie nicht die Vorherrschaft des nationalen Kapitals bedrohen. Alle drei Länder haben Kapitalverkehrskontrollen eingeführt und große Währungsreserven akkumuliert, um eine größere Destabilisierung durch kurzfristige Turbulenzen auf den globalen Finanzmärkten vermeiden zu können. Die Herausbildung des Staatskapitalismus in den großen Schwellenländern kann insofern als eine Gegenreaktion zu den Gefahren der finanziellen Globalisierung interpretiert werden (Carney 2014).

Wir können nun eine ganze Reihe von offensichtlichen Gemeinsamkeiten zwischen den Wirtschaftsmodellen der großen Schwellenländer und jüngsten Entwicklungen in den Industrieländern, einschließlich der Brexit-Debatte und der Trump-Wahl, identifizieren. In beiden Fällen finden wir einen relativ starken Fokus auf die langfristige nationale Wirtschaftsentwicklung, insbesondere eine (Re-)Industrialisierung, und auf die nationale Kontrolle der Ökonomie. Transnationale wirtschaftliche Kräfte werden im Gegensatz dazu eher skeptisch gesehen. Dasselbe gilt für kosmopolitische Ideen, die deutlich kritischer gesehen werden als jene, die auf nationaler wirtschaftlicher Stärke und Kontrolle beruhen. Angesichts der hohen Wachstumsraten, die wir in den großen Schwellenländern in den letzten drei Dekaden gesehen haben, ist es sogar nicht unmöglich, dass dieses staatsgetriebene und national kontrollierte Regierungsmodell, insbesondere in der chinesischen Form, in Zukunft als ein Muster der Wirtschaftspolitik für neopopulistische Bewegungen in Industrieländern dienen kann. Es könnte damit als ein Gegenmodell zum kosmopo-

litischen »Konsens von Washington« dienen, der als Muster für Entwicklungsländer und Schwellenländer während der Dominanz des liberalen Kapitalismus diente.

5. *Die Krise der internationalen Organisationen des liberalen Kapitalismus*

Wenn wir eine Bestandsaufnahme der generellen Entwicklung im Kapitalismus vornehmen wollen, müssen wir auch die Rolle der globalen Wirtschaftsorganisationen einbeziehen. Die Brexit-Entscheidung könnte in diesem Zusammenhang verstanden werden als eine Zurückweisung der Mitgliedschaft in einer internationalen Institution des liberalen Kapitalismus, in diesem Fall der Europäischen Union. Gleiches gilt für den Ausstieg der Trump-Administration aus TTIP und TPP. Diese Entscheidungen können als Indizien in einer ganzen Reihe von Entwicklungen in den Bereichen des globalen Handels und der globalen Finanzmärkte betrachtet werden.

Die Zurückweisung der globalen Institutionen des liberalen Kapitalismus ist insbesondere mit dem Scheitern der Verbreiterung und Vertiefung der Agenda der Welthandelsorganisation (WTO) bei der Cancún-Ministerkonferenz im September 2003 deutlich geworden. Als damals eine Koalition von Schwellenländern und Entwicklungsländern, angeführt von Brasilien, Indien und Südafrika, die Verhandlungen verlassen hat, ist der Versuch der Vertiefung der globalen Handelsliberalisierung durch die Einbeziehung der sogenannten Singapur-Themen (Wettbewerbspolitik, Investitionsregeln, öffentliches Beschaffungswesen) gescheitert. Die Verhandlungen im Rahmen der Doha-Handelsrunde werden zwar fortgesetzt, aber ein großer Durchbruch in Bezug auf die globale Handelsliberalisierung ist angesichts des Widerstandes der großen Schwellenländer ausgeschlossen (Nölke 2016b). Nachfolgend haben die wichtigsten kapitalistischen Länder des Nordens versucht, zumindest einen Teil ihrer Agenda zu retten, indem sie größere interregionale Handelsabkommen angestoßen haben, einschließlich von TTIP und dem TPP. Diese Abkommen enthalten den Kern der Singapur-Agenda und sind eine »zweitbeste« Lösung, um die globale liberale Handelsagenda zu retten, da die großen multilateralen Lösungen der früheren Handelsrunden nicht mehr möglich erscheinen (Hamilton/Blockmans 2015: 9-11). Mit der Wahl von Präsident Trump hat sich diese Option allerdings wohl ebenfalls zerschlagen, angesichts der Feindseligkeit des Präsidenten gegenüber den großen interregionalen Abkommen. Dementsprechend sehen wir eine zunehmende Tendenz zum Abschluss einer Serie von bilateralen Handelsabkommen. Obwohl diese reziproken Abkommen zwischen individuellen Regierungen ebenfalls zur Handelsliberalisierung beitragen können, sind sie aus einer kosmopolitischen liberalen Logik globalen universellen Handelsabkommen deutlich unterlegen.

Die Erosion der globalen liberalen Wirtschaftsordnung ist allerdings nicht nur auf den Handel begrenzt, sondern bezieht auch die Bereiche der Finanzmärkte und der Entwicklungspolitik ein. Ein wichtiger Indikator für die Erosion der liberalen Ordnung in diesen Bereichen ist beispielsweise die geänderte Haltung des Internationa-

len Währungsfonds (IWF) in Bezug auf Kapitalkontrollen. Kapitalkontrollen sind ein Kernhindernis gegenüber der globalen Liberalisierung der Finanzmärkte. Während der IWF historisch diesen Kontrollen strikt kritisch gegenübertrat, hat er in jüngerer Zeit seine Haltung erheblich geändert und empfiehlt nun, dass diese Kontrollen auch unter bestimmten Bedingungen durchaus sinnvoll sind (Ghosh/Qureshi 2016). Ein weiterer Indikator für die Erosion der globalen liberalen Institutionen im Bereich der Finanzmärkte ist die Weigerung von Ländern wie Brasilien und China, Informationen für die sogenannten »*Reports on Observance of Standards and Codes*« bereitzustellen, die vom Internationalen Währungsfond zusammengestellt werden, um die Beachtung der globalen liberalen Regeln durch einzelne Länder festzustellen (Mosley 2010). Auch im Bereich der Entwicklungsfinanzierung ist die Führungsrolle der globalen liberalen Institutionen inzwischen erodiert. Initiativen durch China und die BRICS-Ländergruppe (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) zur Etablierung alternativer globaler Entwicklungsbanken sind hier einschlägig, insbesondere die *Asian Infrastructure Investment Bank* und die *New Development Bank*, die ihre Operationen 2016 begonnen haben.

Die Brexit-Entscheidung und die Trump-Wahl entsprechen dem Muster einer zunehmenden Erosion der internationalen Institutionen des liberalen Kapitalismus. In Bezug auf die Europäische Union mag die Einstufung als liberale Institution auf den ersten Blick etwas paradox erscheinen. Allerdings wird die Annahme, dass die Europäische Union eine sozial progressive Macht ist, wie beispielsweise von jenen Teilen der Sozialdemokratie behauptet wird, die auf soziale Mindestregulierungen oder Antidiskriminierungsregelungen verweisen, von großen Teilen der Linken, die die Europäische Union als einen wesentlichen Antreiber des Neoliberalismus darstellen, infrage gestellt (Jones 2015). Aus dieser Perspektive wird nicht nur die freie Arbeitsmigration innerhalb der Europäischen Union als ein Fall erzwungener Liberalisierung wahrgenommen, sondern auch die europäische Wettbewerbspolitik sehr kritisch gesehen, beispielsweise in Bezug auf ihr potenzielles Veto gegenüber einer Renationalisierung der britischen Eisenbahnen (Rankin/Wintour 2017).

Aus der Sicht einer kontinentaleuropäischen oder skandinavischen progressiven Position kann diese Wahrnehmung der EU als liberale Institution geteilt werden, da die Europäische Union inzwischen eine lange Geschichte der Unterminierung der Position von Gewerkschaften aufweist und daher auch aus dieser Perspektive als eine Institution des neoliberalen Kapitalismus und nicht als eine sozial-progressive Kraft wahrgenommen wird (Höpner/Schäfer 2012). Dementsprechend kann die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die Europäische Union zu verlassen, ebenfalls als ein Fall der Schwächung einer internationalen Institution des liberalen Kapitalismus wahrgenommen werden, auch wenn die aktuelle britische Regierung teilweise damit droht, die verbleibende Union aus neoliberaler Perspektive noch zu unterbieten, beispielsweise durch Niedrigsteuern oder bilaterale Freihandelsabkommen (May 2017). Die globale und europäische liberale Wirtschaftsordnung baut hingegen auf universalen Regeln auf, die alle Ökonomien einbeziehen, nicht auf reziproken Deals zwischen individuellen Ländern. Sie beruht auch auf universeller Durchsetzung dieser Regeln – was die Regierung des Vereinigten Königreichs ex-

plizit zurückweist, beispielsweise, indem sie ihren Widerstand zur Autorität des Europäischen Gerichtshofs als Kern ihrer Begründung für die Präferenz eines eher harten Brexit verwendet (Dickson/Ariès 2017).

6. *Theorien über die historische Entwicklung der globalen politischen Ökonomie: eine neue Phase des organisierten Kapitalismus*⁵

In der hier entwickelten Perspektive sind die Brexit-Entscheidung und die Wahl von US-Präsident Trump nur zwei Entwicklungen unter vielen im Rahmen einer globalen Krise des liberal-kosmopolitischen Kapitalismus. Weitere Entwicklungen schließen den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in Europa und Japan, den Aufstieg des Staatskapitalismus in großen Schwellenländern und die Krise der liberalen globalen Wirtschaftsinstitutionen einschließlich der Mehrfachkrise der Europäischen Union ein. Die globale politische Ökonomie scheint sich daher gegen den liberal-kosmopolitischen Kapitalismus gewendet zu haben, der in den letzten Jahrzehnten dominierte; letzterer befindet sich in einer »organischen Krise« (Bieling 2018 in diesem Forum). Diese verschiedenen Entwicklungen sind nicht zufällig. Die globale Finanzkrise von 2007/08 spielte mit Sicherheit eine große Rolle bei der De-Legitimierung dieser Form des Kapitalismus, in Kombination mit den stagnierenden Realeinkommen in den westlichen Arbeiter*innenklassen sowie den unteren Mittelklassen, die insbesondere durch Austeritätsmaßnahmen ausgelöst wurden (Lakner/Milanovic 2013). Allerdings sind viele der angeführten Entwicklungen historisch etwas längerfristig angelegt.

Die aktuellen Entwicklungen sind nicht der erste Fall einer globalen Tendenz weg vom liberalen Kapitalismus. Parallelen zwischen der aktuellen Situation und jener der 1930er Jahre sind bereits nach der globalen Finanzkrise 2008 gezogen worden (Eichengreen 2015). Diese Debatte hat sich zunächst auf den Vergleich zwischen den Depressionen der späten 1920er Jahre und der 2008er-Rezession beschränkt. In letzter Zeit hat diese Diskussion sich allerdings stärker damit beschäftigt, Parallelen zwischen den politischen Reaktionen auf diese Krise zu ziehen, mit einem besonderen Fokus auf dem rechtspopulistischen Extremismus. Natürlich wiederholt sich die Geschichte nicht, es lassen sich allerdings doch interessante Parallelen zwischen diesen Perioden beobachten. Um jedoch diese empirischen Beobachtungen einordnen zu können, liegt es nahe, sich an Theorien über die intertemporale Entwicklung des Kapitalismus zu wenden. Da viele der Entwicklungen jüngerer Datums sind, ist es noch zu früh, hier eine umfassende Theorie zu entwickeln; aber es gibt bereits einige Elemente, die als Basis eines solchen theoretischen Rahmens dienen können. Drei Theorieentwicklungen sind besonders wichtig: die Idee einer Doppelbewegung, die von Karl Polanyi (1944) entwickelt wurde; die zyklische Entwicklung des Kapitalismus wie sie in der Theorie der *Social Struc-*

5 Für eine detailliertere Diskussion des Arguments in diesem Abschnitt vergleiche Nölke (2012) sowie Nölke/May (2014).

tures of Accumulation (SSA) niedergelegt ist; und schließlich Theorien über den organisierten Kapitalismus.

Ein sehr naheliegendes Element einer theoretischen Interpretation der jüngeren Entwicklung ist die Idee einer Doppelbewegung, wie von Karl Polanyi (1944) entwickelt. Während die erste Welle der Anwendungen von Polanyis konzeptionellem Rahmenwerk auf die aktuelle Ökonomie nach der globalen Finanzkrise charakterisiert wurde, durch die Erwartung einer progressiven sozialen Wiedereinbettung der Ökonomie, hat sich die Diskussion in jüngerer Zeit dahingehend verändert, dass viele Beobachter*innen nun den Rechtspopulismus als zentrales Element einer solchen Doppelbewegung wahrnehmen (vgl. u. a. Pettifor 2017; Worth 2017). Das ist durchaus in Übereinstimmung mit Polanyis eigenen Beobachtungen, der Roosevelts progressiven *New Deal* als Teil einer Doppelbewegung nach dem sehr liberalen Kapitalismus des frühen 20. Jahrhunderts wahrnahm, aber gleichzeitig auch den Aufstieg des Faschismus als Teil dieser Doppelbewegung sah. Dementsprechend können der Brexit, die Trump-Wahl und die anderen Entwicklungen, die in diesem Artikel dokumentiert werden, als Teil einer Doppelbewegung gegen liberal-kosmopolitische Modelle des Kapitalismus während der letzten Dekaden wahrgenommen werden.

Weiterhin weisen die Parallelen zwischen aktuellen Entwicklungen und den 1930er Jahren auf zyklische Entwicklungen in der globalen politischen Ökonomie hin. Polanyis Buch ist in diesem Kontext nur von begrenzter Relevanz, da es nur eine ausgearbeitete Theorie über die Opposition zu einer Vertiefung liberaler Märkte enthält, aber keine ähnlich ausgearbeitete Theorie über die Entstehung dieser liberalen Märkte, die dieser vorausgehen muss (Deutschmann 2017: 3-5). Besser geeignet sind hier zyklische Ansätze über die Entwicklung des Kapitalismus, insbesondere der SSA-Ansatz. Dieser Ansatz, eine Variante der Regulationstheorie, die mit einigen Elementen der post-Keynesianischen Ökonomie kombiniert wird, nimmt eine Abwechslung von liberalen und regulierten Phasen im Kapitalismus an (Kotz et al. 1994). Beide Arten von Phasen dauern einige Jahrzehnte. Liberale Phasen enden in einer turbulenten Krise aufgrund der inhärenten Instabilität des liberalen Kapitalismus, während regulierte Phasen in einer Stagnationsperiode enden, angesichts ihrer angenommen ungünstigeren Eigenschaften in Bezug auf die Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen. Aus dieser Perspektive kann die jüngste Finanzkrise als Teil einer abschließenden Krise einer liberalen Phase des Kapitalismus wahrgenommen werden, vergleichbar mit der Großen Rezession, die der Fokus der finalen Krise des liberalen Kapitalismus im frühen 20. Jahrhundert war.

Ein größerer Aspekt des SSA-Ansatzes scheint allerdings etwas problematisch: Die Annahme einer »regulierten« Phase des Kapitalismus mag während der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg adäquat gewesen sein, und zwar aufgrund der relativ starken Rolle nationaler und internationaler Regulierung der Ökonomie während und nach dem Krieg, die auf der Führungsrolle der USA basierte. Allerdings verweisen die hier dokumentierten Entwicklungen nicht auf eine Rückkehr zu einer solchen Form von Regulierung. Obwohl es eine zunehmende Unzufriedenheit mit

dem liberalen Kapitalismus gibt, beobachten wir gleichzeitig keine Entwicklung hin zu einer sozialen Re-Regulierung der Wirtschaft. Falls also die aktuellen Entwicklungen Teil einer Gegenbewegung zum kosmopolitisch-liberalen Kapitalismus sind und es zyklische Entwicklungen in der Geschichte des Kapitalismus gibt, benötigen wir einen alternativen Begriff, der sowohl die aktuellen Entwicklungen als auch die nach dem Zweiten Weltkrieg gemeinsam fassen kann.

Der Begriff des »organisierten Kapitalismus« ist vielversprechend, um sowohl die aktuellen Entwicklungen als auch jene der 1930er Jahre zu umfassen. Dieser Begriff ist von einer Reihe von deutschen und österreichischen Theoretiker*innen im frühen 20. Jahrhundert geprägt worden, einschließlich Rudolf Hilferding (1910), Fritz Naphtali (1928), Werner Sombart (1932) und Friedrich Pollock (1933), mit einem starken Fokus auf der Rolle des Finanzkapitals und von Kartellen in der europäischen und US-amerikanischen Ökonomie.⁶ Der Kern des Konzepts des organisierten Kapitalismus ist die Frage, ob Unternehmen entweder das private Geschäft ihrer Eigentümer*innen sind oder alternativ quasi öffentliche Infrastrukturen – und deswegen in ihren wirtschaftlichen Entscheidungen durch institutionell sanktionierte Kollektivinteressen begrenzt werden (Höpner 2007: 6-7). Letzteres wird organisierter Kapitalismus genannt, wobei die kollektiven Interessen von sektoralen Wirtschaftsinteressen oder Klasseninteressen hin zu politischen Interessen verlaufen können, wie beispielsweise die Unterstützung einer Kriegsökonomie.

Organisierter Kapitalismus ist normalerweise auf nationaler Basis institutionalisiert, auch wenn er sehr unterschiedliche Formen annehmen kann. Aus dieser Perspektive hatte der deutsche Monopolkapitalismus der 1930er Jahre eine Menge mit dem US-amerikanischen Fordismus der 1930er Jahre gemein, da beide einen hohen Anteil der Organisation ökonomischer Aktivitäten beinhalteten und sich dem sehr wettbewerbsorientierten liberalen Kapitalismus entgegenstellten. Beide Modelle, einschließlich von Kartellen, Trusts und Monopolen auf der einen Seite, und Unternehmensnetzwerken und Korporatismus auf der anderen Seite, beinhalten ein hohes Ausmaß an Organisation. In beiden Fällen muss sich die Führung eines privaten Unternehmens den Wünschen des gesamten Kartells beugen bzw. die Effekte einzelner Entscheidungen auf die nationale Ökonomie miteinbeziehen.

Aufgrund des hohen Grades an Organisation ist dieser Kapitalismus potenziell besser beeinflussbar durch zielgetriebenen sozialen Einfluss als der hochgradig wettbewerbsorientierte liberale Kapitalismus (Hilferding 1910). Dementsprechend sah die Kommission der Deutschen Gewerkschaften, die von Naphtali (1928) angeführt wurde, die Entwicklung hin zum organisierten Kapitalismus als einen wichtigen Schritt hin zur Wirtschaftsdemokratie, während die Forderung nach einer Rückkehr zur stärkeren wettbewerbsorientierten Form des Kapitalismus von Beobachtern wie Sombart (1932) als reaktionär zurückgewiesen wurde. Der Faschismus

6 Das Konzept des organisierten Kapitalismus ist später von Wirtschaftshistorikern wie Jürgen Kocka, Hans-Ulrich Wehler und Heinrich August Winkler aufgegriffen worden (für eine umfassende Diskussion vgl. Winkler 1974), gefolgt von Alfred Chandler (1990), der als Alternative zum organisierten Kapitalismus den Begriff des *cooperative managerial capitalism* verwendet hat.

hat allerdings jede positive Konnotation des Begriffs des organisierten Kapitalismus in Deutschland zerstört, auch private Monopole, Oligopole und Kartelle werden heute unisono kritisch gesehen. Allerdings hielt sich der organisierte Kapitalismus in den westlichen Ökonomien noch bis zu den 1970er Jahren. Danach wurde er durch eine neue Phase des (neo-)liberalen »disorganisierten« Kapitalismus abgelöst (Lash/Urry 1987).

Man kann argumentieren, dass die (zumindest rhetorische) Re-Industrialisierungsstrategie der konservativen Regierung in Großbritannien unter Premierministerin May, die US-Wirtschaftspolitik unter Präsident Trump, die aktuellen Entwicklungen in Polen und Ungarn sowie die staatskapitalistischen Strategien, die von den großen Schwellenländern verfolgt werden, unter dem groben Oberbegriff eines organisierten Kapitalismus zusammengefasst werden können. Hier können individuelle Unternehmen durchaus ihre Profitmotive verfolgen und werden grundsätzlich positiv gesehen, aber sind dabei eingebunden in den Kontext übergeordneter Strategien zur industriellen Entwicklung bzw. zur Re-Industrialisierung (»*Make America Great Again*«). Sollten sie diese Strategien unterlaufen, werden sie zur Ordnung gerufen – so wie *Harley-Davidson* nach der Ankündigung einer Produktionsverlagerung ins Ausland im Kontext der neuen EU-Importzölle, die auf Trumps Zölle antworten.

In ihrer Abwendung vom liberalen Kapitalismus können die konservativen Regierungen der USA und Großbritanniens möglicherweise sogar als eine Avantgarde in Bezug auf die globale wirtschaftliche Strategieentwicklung verstanden werden. Heute wird die Welle der Unzufriedenheit mit dem liberalen Kapitalismus vermehrt von Konservativen oder sogar rechtspopulistischen Bewegungen angeführt, nicht mehr nur von linken Bewegungen. Organisierter Kapitalismus muss allerdings nicht zwangsweise reaktionär sein, zumal er Optionen für die gesellschaftliche Wiedereinhegung der Ökonomie eröffnet und damit eine wichtige Quelle sozialer Reformen sein kann.

Wenn wir die oben entwickelten theoretischen Argumente und die empirischen Entwicklungen in einer Reihe der wichtigsten Ökonomien zusammendenken, können letztere als eine Wende in der Entwicklung des Kapitalismus gesehen werden. Diese Geschehnisse weisen auf eine Gegenbewegung zum liberalen Kapitalismus hin, unter anderem ausgelöst durch die globale Finanzkrise und die Stagnation der Lebensbedingungen der westlichen Arbeiter*innen und der unteren Mittelklassen. In einer historischen Perspektive könnte diese Bewegung Teil langfristiger Zyklen zwischen liberalem und organisiertem Kapitalismus darstellen. Sie repräsentieren hier eine neue Phase des organisierten Kapitalismus und können ähnlich wie die Entwicklung in den 1930er Jahren eine progressive oder eine reaktionäre Richtung nehmen.

Die hier entwickelte zyklische Sicht auf die Entwicklung des modernen Kapitalismus wendet sich gegen modernisierungstheoretische Perspektiven, die davon ausgehen, dass es eine lineare Entwicklung gibt, von einem »frühen« organisierten und staatlich geschützten zu einem »späten« liberalen Kapitalismus. Natürlich erfassen solche Zyklen nicht alle kapitalistischen Ökonomien in gleichem Maße – das

haben sie auch in früheren Zyklen nicht getan – aber die Parallelität der Entwicklungen verweist darauf, dass wir es hier nicht mit einem pur zufälligen Zusammentreffen empirischer Entwicklungen in verschiedenen Weltregionen zu tun haben.

7. Schlussbetrachtung

Dieser Artikel hat auf ganz erhebliche Übereinstimmungen zwischen der Brexit-Entscheidung, der Wahl von US-Präsident Trump und anderen jüngeren Entwicklungen der globalen politischen Ökonomie hingewiesen. Nicht nur die Ergebnisse einer Reihe von jüngeren Wahlen in Kontinentaleuropa, sondern auch die Ausrichtung der gegenwärtigen japanischen Regierung und die langfristige Entwicklung der großen Schwellenländer weisen alle in dieselbe Richtung. Diese Richtung ist eine Bewegung weg von kosmopolitisch-liberalen Prinzipien der wirtschaftlichen Organisation und hin zu einer eher organisierten Form des Kapitalismus mit einem stärkeren Fokus auf der nationalen Ebene. Man kann sogar argumentieren, dass sich bereits eine organisierte Form des Kapitalismus etabliert hat, und zwar in den großen Schwellenländern China und Indien und für etwa eine Dekade in Brasilien. Diese Entwicklungen sind zudem nicht auf die nationale Ebene in den wichtigsten Ökonomien beschränkt, sondern können auch auf der Ebene der globalen Wirtschaftsordnung wahrgenommen werden, wo liberale Institutionen langsam erodieren. Im Rückblick können Historiker*innen in 50 bis 100 Jahren möglicherweise die Brexit-Entscheidung und die Trump-Wahl als zwei von vielen Entwicklungen wahrnehmen, die die Ankunft einer neuen Phase des Kapitalismus ankündigen.⁷

Durch die Einbettung dieser Beobachtung in Theorien über die langfristige Entwicklung des Kapitalismus argumentiere ich, dass wir aktuell eine langfristige Wendung zu einer Phase des organisierten Kapitalismus sehen, ähnlich wie bei der früheren Wendung in den 1930er Jahren. Ob diese Bewegung zum organisierten Kapitalismus eine positive Entwicklung, vergleichbar mit dem *US New Deal* ist, oder ein historisches Desaster, wie der Aufstieg des Faschismus, ist derzeit noch nicht abzusehen. Man kann davon ausgehen, dass das Zwischenspiel zwischen zwei Phasen des Kapitalismus eine fließende und gegenüber politischer Gestaltung weit offene Phase ist, im Vergleich zu einer institutionell stabilen Phase des Kapitalismus.

Entscheidungen wie jene zum Brexit können zu einer politischen Ökonomie führen, die sich durch Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Autoritarismus auszeichnet. Aber sie können auch zu einer Ökonomie führen, die sich viel stärker an den Bedürfnissen der Arbeiter*innenklassen und der unteren Mittelklassen orientiert, basierend auf einer erfolgreichen Re-Industrialisierung und sozialen Refor-

7 Wir müssen aber befürchten, dass die Disziplin der Internationalen Beziehungen in Deutschland diese Entwicklungen zunächst eher ignorieren wird, angesichts ihres relativ geringen Interesses an Fragen der politischen Ökonomie (Koddenbrock 2018 in diesem Forum).

men. In diesem Kontext hängt viel davon ab, ob nationale politische Kräfte und die Kooperation zwischen Regierungen in der Lage sein werden, die Spannungen, die sich aus dem aktuellen Übergang zu einer organisierten Phase des Kapitalismus ergeben, zu managen. Der *New Deal* in den Vereinigten Staaten und die drei Jahrzehnte des westlichen Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg haben gezeigt, dass eine solche Entwicklung nicht unmöglich ist.

Literatur

- Bieling, Hans-Jürgen* 2018: Eine »organische Krise« der Globalisierung? Überlegungen zum Strukturwandel der transatlantischen politischen Ökonomie, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 25: 2, 164-180.
- Bremmer, Ian* 2010: *The End of the Free Market: Who Wins the War Between States and Corporations?*, New York, NY.
- Carney, Richard W.* 2014: The Stabilizing State: State Capitalism as a Response to Financial Globalization in One-party Regimes, in: *Review of International Political Economy* 22: 4, 838-873.
- Chandler, Alfred* 1990: *Scale and Scope: The Dynamics of Industrial Capitalism*. Cambridge, MA.
- Deutschmann, Cristoph* 2017: Disembedded Markets and Society: Ambiguities in Polanyi's Analysis (Paper presented to the conference »A Great Transformation? Global Perspectives on Contemporary Capitalisms«, Linz, 10.-13.1.2017), in: https://www.jku.at/conferences/content/e290365/e321486/e321493/Deutschmann_GreatTrans.pdf; 20.9.2018.
- Dickson, Annabelle/Ariès* 2017: 9 Reasons Why (Some) Brits Hate Europe's Highest Court, in: *Politico*, 26.7.2017, <https://www.politico.eu/article/brexit-ecj-european-court-of-justice-9-reasons-why-some-brits-hate-europes-highest-court/>; 15.8.2018.
- Eichengreen, Barry* 2015: *Hall of Mirrors: The Great Depression, the Great Recession and the Uses – and Misuses – of History*, Oxford.
- Ghosh, Atish R./Qureshi, Mahvash* 2016: *What's in a Name? That Which We Call Capital Controls* (IMF Working Paper WP/16/25), Washington, DC.
- Goodwin Matthew J./Heath, Oliver* 2016: *Brexit Vote Explained: Poverty, Low Skills and Lack of Opportunities*, in: <https://www.jrf.org.uk/report/brexit-vote-explained-poverty-low-skills-and-lack-opportunities>; 11.7.2018.
- Guldi, Jo* 2017: The Case for Utopia: History and the Possible Meanings of Brexit a Hundred Years On, in: *Globalizations* 14: 1, 150-156.
- Hamilton, Daniel/Blockmans, Steven* 2015: *The Geostrategical Implications of TTIP* (Paper No. 5 in the CEPS-CTR project »TTIP in the Balance«, Washington, DC).
- Hilferding, Rudolf* 1910: *Das Finanzkapital: Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus*, Wien.
- Höpner, Martin* 2007: *Coordination and Organization: The Two Dimensions of Nonliberal Capitalism* (MPIfG Discussion Paper 07/12), Köln.
- Höpner, Martin/Schäfer Armin* 2012: *Embeddedness and Regional Integration: Waiting for Polanyi in a Hayekian Setting*, in: *International Organization* 66: 3, 429-455.
- Igielnik Ruth/Kochhar Rakesh* 2016: *GOP Gained Ground in Middle-class Communities in 2016*, in: <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/12/08/gop-gained-ground-in-middle-class-communities-in-2016/>; 11.7.2018.
- Jones, Own* 2015: *The Left Must Put Britain's EU Withdrawal on the Agenda*, in: *The Guardian*, 14.7.2015, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2015/jul/14/left-reject-eu-greece-euroseptic>; 11.7.2018.

- Koddenbrock, Kai* 2018: Strukturwandel der Globalisierung? Brexit, Trump(ismus), Strategien Chinas und die politische Ökonomie der internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 25: 2, 126-143.
- Kotz, David/McDonough, Terrence/Reich, Michael* (Hrsg.) 1994: Social Structures of Accumulation: The Political Economy of Growth and Crisis, Cambridge.
- Lakner, Christoph/Milanovic Branko* 2013: Global Income Distribution: From the Fall of the Berlin Wall to the Great Recession (World Bank Working Paper No. 6719), Washington, DC.
- Lash, Scott/Urry John* 1987: The End of Organized Capitalism, Madison, WI.
- May, Theresa* 2017: The Government's Negotiating Objectives for Exiting the EU: PM Speech, in: <https://www.gov.uk/government/speeches/the-governments-negotiating-objectives-for-exiting-the-eu-pm-speech>; 11.7.2018.
- Merkel, Wolfgang* 2017: Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie, in: Harfst, Philipp/Kubbe, Ina/Poguntke, Thomas (Hrsg.): Parties, Governments and Elites: The Comparative Study of Democracy, Wiesbaden, 9-23.
- Mizohata, Sachie* 2016: Nippon Kaigi: Empire, Contradiction, and Japan's Future. The Asia-Pacific Journal 14: 2, 1-19.
- Mosley, Layna* 2010: Regulating Globally, Implementing Locally: The Financial Codes and Standards Effort, in: Review of International Political Economy 17: 4, 724-761.
- Naphtali, Fritz* 1928: Wirtschaftsdemokratie: Ihr Wesen, Weg und Ziel, Berlin.
- Nölke, Andreas* 2012: The Rise of the B(R)IC Variety of Capitalism: Towards a New Phase of Organized Capitalism?, in: Overbeek, Henk/van Apeldoorn, Bastiaan (Hrsg.): Neoliberalism in Crisis, Houndmills, 117-133.
- Nölke, Andreas* 2016a: Abkehr vom ökonomischen Liberalismus in Polen?, in: Makroskop, 4.11.2016, <https://makroskop.eu/2016/11/abkehr-vom-oekonomischen-liberalismus-polen/>; 15.8.2018.
- Nölke, Andreas* 2016b: Aufstieg der Schwellenländer: Konsequenzen für die globale Wirtschaftsordnung, in: Politikum 4: 2, 44-53.
- Nölke, Andreas* 2017: Brexit: Towards a New Global Phase of Organized Capitalism?, in: Competition & Change 21: 3, 230-241.
- Nölke, Andreas* 2018: Linkspopulär: Vorwärts handeln statt rückwärts denken, Frankfurt a. M.
- Nölke, Andreas/May, Christian* 2014: Vergleichende Kapitalismusforschung im Zeitalter der Krise der Finanzialisierung: Vom internationalen zum inter-temporalen Studium ökonomischer Institutionen, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 6: 1, 51-70.
- Nölke, Andreas/May, Christian/Claar, Simone* (Hrsg.) 2013: Die großen Schwellenländer: Ursachen und Folgen ihres Aufstiegs in der Weltwirtschaft, Wiesbaden.
- Nölke, Andreas/ten Brink, Tobias/Claar, Simone/May, Christian* 2015: Domestic Structures, Foreign Economic Policies and Global Economic Order: Implications from the Rise of Large Emerging Economies, in: European Journal of International Relations 21: 3, 538-567.
- Nölke, Andreas/Vliethart, Arjan* 2009: Enlarging the Varieties of Capitalism: The Emergence of Dependent Market Economies in East Central Europe, in: World Politics 61: 4, 670-702.
- Patomäki, Heikki* 2017: Will the EU Disintegrate? What Does the Likely Possibility of Disintegration Tell About the Future of the World?, in: Globalizations 14: 1, 168-177.
- Pettifor, Ann* 2017: Brexit and its Consequences, in: Globalizations 14: 1, 127-132.
- Polanyi, Karl* 1944: The Great Transformation, New York, NY.
- Pollock, Friedrich* 1933: Bemerkungen zur Wirtschaftskrise, in: Zeitschrift für Sozialforschung 2: 3, 321-354.
- Rankin, Jennifer/Wintour, Patrick* 2017: Corbyn Reignites Labour Debate over EU Rules on State Aid and Socialist Manifesto, in: The Guardian, 29.9.2017, <https://www.theguardian.com/politics/2017/sep/29/corbyn-reignites-labour-debate-over-eu-rules-on-state-aid-a-socialist-manifesto>; 15.8.2018.

- Simon, Jenny* 2018: Die Rolle Chinas in den aktuellen Auseinandersetzungen um den Operationsmodus der Globalisierung, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 25: 2, 144-163.
- Soly, Ingar* 2018: Rechtsautoritärer Nationalismus oder autoritär-imperialer Neoliberalismus? Die USA unter Donald Trump im globalen Beggar-thy-neighbor-Kapitalismus, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 25: 2, 199-223.
- Sombart, Werner* 1932: Die Zukunft des Kapitalismus, Berlin.
- Stewart, Heather/Walker, Peter* 2016: Theresa May Consigns Cameron to History in Populist Conference Speech, in: The Guardian, 6.10.2016, <https://www.theguardian.com/politics/2016/oct/05/theresa-may-consigns-cameron-to-history-in-populist-speech>; 11.7.2018.
- Tasker, Peter* 2016: Why No Trump-san? Japanese Lessons on Populism, in: Nikkei Asian Review, 23.2.2016, <http://asia.nikkei.com/Viewpoints/Peter-Tasker/Why-no-Trump-san-Japanese-lessons-on-populism>; 11.7.2018.
- Tyson, Alec/Maniam, Shiva* 2016: Behind Trump's Victory: Divisions by Race, Gender, Education, in: <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/11/09/behind-trumps-victory-divisions-by-race-gender-education/>; 11.7.2018.
- Wheatley, Jonathan* 2015: Cleavage Structures and Ideological Dimensions in English Politics: Some Evidence from VAA Data (Paper prepared for the ECPR General Conference, Montreal, 26.-29.8.2015), in: <https://ecpr.eu/Filestore/PaperProposal/7ed135a0-a554-435c-97a9-715e2882a6c4.pdf>; 11.7.2018.
- Winkler, Heinrich August* (Hrsg.) 1974: Organisierter Kapitalismus: Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen.
- Witt, Michael A.* 2014: Japan: Coordinated Capitalism between Institutional Change and Structural Inertia, in: Witt, Michael A./Redding, Gordon (Hrsg.): The Oxford Handbook of Asian Business Systems, Oxford, 100-122.
- Worth, Owen* 2017: Reviving Hayek's Dream, in: Globalizations 14: 1, 104-109.
- Zürn, Michael/de Wilde, Pieter* 2016: Debating Globalization: Cosmopolitanism and Communitarianism as Political Ideologies, in: Journal of Political Ideologies 21: 3, 280-301.